

steigern. Neue Pläne für die Einführung moderner Waffensysteme werden ausgearbeitet und zielstrebig verwirklicht. Die Kreise des Militär-Industrie-Komplexes — die führenden Rüstungsmonopole, die Militärhierarchie und die reaktionäre Oberschicht der Staatsbürokratie — treten nach Aussage westlicher Blätter dafür ein, „eine neue ‚Zerstörungsqualität‘ der westlichen Verbände“ zu erreichen. Der Bundeswehr-Minister Leber ist einer ihrer Wortführer.

Wenn sich heute dank der Stärke und des Einflusses des Sozialismus die Existenzbedingungen des Imperialismus wesentlich gegenüber den ersten 50 Jahren unseres Jahrhunderts verändert haben, so ist doch die Kontinuität in seinem aggressiven Wesen und sind die Traditionen im Erscheinen dieses Wesens nicht zu übersehen.

Ob heißer oder kalter Krieg — immer begann es in diesem Jahrhundert und auf diesem europäischen Kontinent mit Aufrüstung und Forderungen des deutschen Imperialismus nach „Offenhalten“ bzw. Änderung der Grenzen. So war es vor dem ersten Weltkrieg, als beispielsweise der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Glaß, mit der Forderung nach „Ausweitung des Deutschen Reiches nach West- und Osteuropa“ an die Öffentlichkeit trat. Danach wurde im Osten Anspruch erhoben auf Gebiete, die bis nach Minsk und Kronstadt reichen. Im Westen sollte das Reich bis an die Somme und die Maas ausgedehnt werden. So war es auch vor dem zweiten Weltkrieg. Schon 1925 wurden vom damaligen Außenminister Stresemann die im Ergebnis des ersten Weltkrieges zustande gekommenen Grenzen in Frage gestellt: „Es gibt kein Volk, bei dem wie

beim deutschen Volk in der Gegenwart die Staatsgrenze so wenig mit der Volksgrenze zusammenfällt, als das heute bei Deutschland der Fall ist... Uns trennt von der Tschechoslowakei die Lage der Sudeten-Deutschen. Uns trennt von Polen das uns entrissene deutsche Gebiet. Uns trennt von Litauen das Schicksal des Memellandes.“²⁾

Damit gab Stresemann faktisch 14 Jahre vor Beginn des zweiten Weltkrieges die ideologische Rechtfertigung für die Veränderung der Grenzen mit Waffengewalt.

Hitler selbst ging in seinem Machwerk „Mein Kampf“ noch weit darüber hinaus, indem er zu verstehen gab, daß dem deutschen Imperialismus die Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 in keiner Weise genüge. „Demgegenüber müssen wir Nationalsozialisten unverrückbar an

unserem außenpolitischen Ziel festhalten; nämlich dem deutschen Volk den ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern . . . Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir weisen den Blick nach dem Land im Osten.“ So stand also die Mißachtung der bestehenden Grenzen bisher immer am Anfang der Verbrechen des deutschen Imperialismus an den Völkern Europas. Und auch nach dem zweiten Weltkrieg waren es wiederum Forderungen nach Revision der Grenzen, mit denen die Reaktion ihre Politik des kalten Krieges schürte. Aufrüsten und forciertes Wettrennen gingen einher mit dem unverhüllten Geschrei, die bestehenden Grenzen einzureißen und zu revidieren; militärisch-industrieller Komplex und unverbesserliche Revanchisten fanden zur unheiligen Allianz zusammen.

Haltung zu den Grenzen ist die Nagelprobe

Und heute? Der Fall Weimold ist ein Beweis von vielen, daß die geschlagenen kalten Krieger sich noch immer weigern, endlich die im Ergebnis des internationalen Kräfteverhältnisses völkerrechtlich festgeschriebenen Realitäten, den Geist der Entspannung und der friedlichen Koexistenz anzuerkennen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Windelen hat die Kontinuität des Revanchismus mit Worten unterstrichen, deren Inhalt sich in keiner Weise von den Plänen des „Alldeutschen“ Glaß und des Außenministers Stresemann unterscheidet. Zu Beginn des Jahres 1976 schrieb er: „Tatsächlich geht das Grundgesetz (der BRD) aber vom Fortbestand Deutschlands in seinen Grenzen vom 31. 12. 1937 aus. Innerhalb dieser Grenzen ist Deutsch-

land in den sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens, in den polnisch verwalteten Teil Ostdeutschlands einschließlich Danzigs, Berlin, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland aufgeteilt. Es gibt danach also fünf und nicht zwei Teile Deutschlands. Daran haben auch die Ostverträge nichts geändert.“

Mit großer Berechtigung und in Verallgemeinerung der historischen Erfahrungen im Kampf gegen den aggressiven Imperialismus betonte Genosse Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED, sowohl auf der Gipfelkonferenz in Helsinki als auch auf der 2. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei, daß die Achtung und Anerkennung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen das Entscheidende